

sozialdemokratischer pressediens

P/XXVII/246

22. Dezember 1972

Politisches Weihnachten 1972

Die Bundesrepublik in einer veränderten Welt
Seite 1 und 2 / 100 Zeilen

Die CSU muß jetzt Farbe bekennen

Bayern will Klarheit in der Ruffunkfrage
haben

Von Volkmar Gabert MdB
Vorsitzender der SPD-Landtagsfraktion in Bayern
Seite 3 und 4 / 56 Zeilen

Neue Initiativen der Wählerinitiative

Mitstreiter im Wahlkampf werden kritische
Sympathisanten

Seite 5 und 6 / 55 Zeilen

Dokumentation des SPD-Pressedienstes

Bahr und Kohl zur Unterzeichnung des Bundes-
vertrages

Seite 7 bis 10 / 187 Zeilen

* * * Unseren Lesern ein frohes Weihnachten !

Chefredakteur: Dr. E. Eckert
Verantwortlich für den Inhalt: A. Exler
5300 Bonn 12, Heussallee 2-10
Postfach: 120 408
Pressenhalle I, Zimmer 217-224
Telefon: 22 80 37 - 26
Telex: 886 846 / 886 847
886 848 PPP D

Herausgeber und Verleger:

SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST GMBH
5300 Bonn - Bad Godesberg
Kölner Straße 109-112, Telefon: 7 66 11

Politisches Weihnachten 1972

Die Bundesrepublik in einer veränderten Welt

Zum ersten Mal ergibt sich im letzten Drittel dieses Jahrhunderts für Europa die Chance, den Frieden für Generationen zu erreichen und zu sichern. Von diesem Kontinent sind zwei verheerende Weltkriege ausgegangen. Sie verursachten gewaltige Veränderungen in der Welt, ermöglichten den Aufstieg der Vereinigten Staaten von Amerika und der Sowjetunion zu atomaren Supermächten, dicht gefolgt vom volkreichsten Staat der Erde China. Sie bestimmen entscheidend das Geschehen auf der weltpolitischen Bühne. Das nichtkommunistische Europa mit seinem gewaltigen Wirtschaftspotential ist noch weit davon entfernt, sich politisch mit diesen beiden Mächten messen zu können, es spricht nicht mit einer Stimme und leidet immer noch an Rivalitäten und Eifersüchteleien, die sich vor dem weltpolitischen Hintergrund recht kleinlich ausnehmen.

Europa trägt also an der Last seiner Geschichte. Die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft ist ein verheißungsvoller Anfang: Aus ihr kann und wird sich, wenn auch noch nicht in diesem Jahrzehnt, die politische Union Europa entwickeln. Die Einsicht nimmt zu, daß im Zeitalter gegenseitiger Abhängigkeiten, kein europäischer Staat für sich allein in der Lage ist, mit dem rasanten technischen, wirtschaftlichen und industriellen Entwicklungen und mit den vielfältigen Problemen, die sie aufwerfen und die Völker vor neue Herausforderungen stellen, fertig zu werden. Wer sprach vor zwanzig Jahren schon von den Gefahren der Umwelt, von der Luft- und Wasserverseuchung, von der Vergiftung unserer Flüsse, Seen und Meere, von den unübersehbaren Folgen eines hemmungslosen Wachstumsfetischismus und von der Not unserer Städte, die durch Verkehr, im Müll- und Benzingestank zu ersticken drohen? Von diesen Nöten und Gefahren, die keine nationalen Grenzen kennen, geht ein Gebot zur Zusammenarbeit aus, ebenso auf den Gebieten der Währungs-, Finanz- und Wirtschaftspolitik. Immer stärker dringt ins öffentliche Bewußtsein, daß wir alle in einem Boot sitzen und keiner sich den fragwürdigen Luxus einer Selbstisolierung erlauben kann, denn er würde damit seinem Volke den allergrößten Schaden zufügen.

Der Gedanke, daß es jemals wieder zu kriegerischen Auseinandersetzungen zwischen Deutschen, Franzosen, Engländern und Italienern kommen könnte, ist absurd und undenkbar. Von diesen Völkern ist die Furcht voreinander genommen. Sie gehören zu den Architekten am Aufbau eines Europas, aus dem die Schrecken der Vergangenheit gebannt sind. Sie konzentrieren ihre Energien auf die Werke des Friedens und haben einem engstirnigen Nationalismus abgesagt, der so viel Unglück über Europa und die Welt brachte. Es gelänge auch nicht mehr, die heutige Jugend auf die Straßen ihrer Väter zu zwingen. Sie denkt in größeren Horizonten, und sie will mitwirken an der Gestaltung einer gerechten Ordnung nach innen und außen - nicht aber sinnlos sterben für die Machtansprüche von Nationalstaaten, die sich überlebt haben.

So weit man übersehen kann, muß sich europäische Politik auf zwei Feldern vollziehen. Das erste Feld heißt Organisation Europas zu einem seiner Rolle und seiner Stärke bewußten Faktor, der neben den Supermächten die eigene Identität zur Geltung bringt. Es muß seine Angelegenheiten in Ordnung bringen. Wie das geschehen kann, welche Wege einzuschlagen sind, wird immer wieder Streitgegenstand zwischen den europäischen Staaten sein. Doch das Bewußtsein, einer

gemeinsamen Zivilisation anzugehören, und die Berufung darauf wird sich wohl trotz aller auseinanderstrebender Tendenzen als geschichtsträchtige Klammer erweisen. Ein Blick auf die weltpolitischen Gegebenheiten verstärkt diese Zuversicht.

Das andere Feld, das es zu beackern gilt und das Früchte tragen soll, muß das ständige Bemühen der europäischen Völker und Staaten sein, neben der Ordnung der inneren Angelegenheiten nicht den Blick zu verlieren für die Notwendigkeit, mit den Staaten des Ostens möglichst viele Berührungspunkte gemeinsamen Interesses zu finden. Das schließt natürlich jeden Kompromiß über eine Angleichung der einander entgegengesetzten Gesellschaftssysteme aus. Die Unterschiede zwischen Kommunismus und Demokratie und freiheitlicher Rechtsordnung bleiben bestehen, sie lassen sich nicht vermischen. Nur dürfen sie nicht zum tödlichen Gegensatz werden, der die Gemeinschaft von Menschen und Völkern sprengt. Wir Deutsche kämen bei der gewalttätigen Austragung dieses Konfliktes mit Sicherheit unter die Räder.

Große Anstrengungen, die Ost-West-Beziehungen vom Risiko eines für alle vernichtenden Zusammenstoßes zu lösen, sind wirksam im Gange. An den vorbereitenden Gesprächen in Helsinki für eine Konferenz, die Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa herbeiführen soll, nehmen alle europäischen Staaten, die USA und Kanada teil. Die Gespräche gehen noch recht mühsam vor sich, Gegensätze tun sich auf, doch das Gespräch geht weiter und es untersteht der übergeordneten, von West und Ost anerkannten Notwendigkeit, die Hoffnungen der Völker auf einen gesicherten Frieden nicht zu enttäuschen. Es geht auch um die Gewinnung von gegenseitigem Vertrauen. Da sind noch manche Berge von tiefverwurzeltem Mißtrauen zu überwinden.

Es ist wohl kein überheblicher und andere verletzender Stolz, wenn man mit guten Gründen die Feststellung treffen kann, daß die von Willy Brandt geführte sozialliberale Bundesregierung, bestätigt durch das Wahlergebnis vom 19. November, bedeutsames zu der positiven Entwicklung beigetragen hat. Die Deutschen stehen nicht mehr gegen, sondern im Dienst Europas. Das trifft auch für die DDR zu. Beide deutsche Seiten haben sich durch den Grundvertrag, unbeschadet ihrer gegensätzlichen Gesellschaftsordnungen, der Pflicht unterworfen, als gute Nachbarn in Frieden zu leben. In Ost und West sieht man in der Bundesrepublik Deutschland heute einen verlässlichen und loyalen Partner, der weiß, was er will. Dieser Wille orientiert sich an der Erkenntnis, daß der Friede nicht von allein kommt, kein Geschenk des Himmels ist, sondern Frucht beharrlichen Bemühens. Diese Politik findet die Zustimmung und den Beifall aller, wo sie auch stehen mögen, die sich Sorgen machen um den Zustand der Welt, in der wir leben. Die Bundesrepublik Deutschland gehört nicht mehr zu den weltpolitischen Sorgenkindern. Sie verursacht keine Beklemmungen und keinen Alpdruck, unsere Nachbarn treten ihr unbefangener entgegen. Welch ein glücklicher Wendepunkt für unser Volk und für Europa: Er macht den Frieden für Generationen erst möglich.

Albert Exler
(-/22.12.1972/bgy/ex)

+ + +

Die CSU muß jetzt Farbe bekennen

Bayern will Klarheit in der Rundfunkfrage haben

Von Volkmar Gabert MGL

Vorsitzender der SPD-Landtagsfraktion in Bayern

Die CSU hat seit dem Abschluß des Volksbegehrens Rundfunkfreiheit fünf Monate Zeit gehabt, Gespräche mit den Initiatoren zu suchen. Das ist nie wirklich ernsthaft geschehen. Die Mahnung der CSU-Landtagsfraktion, die SPD solle nicht Stimmung machen, sondern daran mitwirken, "daß dem Bürger eine von allen Parteien getragene Verfassungsbestimmung über die Rundfunkfreiheit zur Entscheidung vorgelegt werden kann", geht deshalb ins Leere. Sie wäre übrigens vollends überflüssig, wenn die CSU-Landtagsfraktion zu Beginn des Jahres 1972 Wert auf eine Rundfunkgesetz-Änderung gelegt hätte, die von allen Parteien des Landtages hätte mitgetragen werden können. Konkrete Gesprächsangebote der SPD sind damals übergangen worden. Gespräche sind auch jetzt noch möglich. Es genügt allerdings nicht, sie über eine Pressekonferenz anzubieten. Wer ernsthaft Kontakte sucht, muß sich selbstverständlich unmittelbar an die Vorsitzenden des SPD-Landesverbandes und der SPD-Landtagsfraktion wenden.

Niemand sollte sich allerdings darüber Illusionen machen, daß die ganze Entwicklung seit dem März dieses Jahres einfach gelöscht und etwa beim Punkt null wieder von Neuem begonnen werden könnte. Es wäre nicht nur politische Dummheit, sondern geradezu Menschenverachtung, wollte man erst alle politischen Aktivitäten mobilisieren und über eine Million Menschen in Bewegung setzen, dann aber durch einige Vorstandsbeschlüsse gerade das wieder ermöglichen, was durch diese große Anstrengung verhindert werden soll!

Ich spreche von den zwei Punkten, die Inhalt des Volksbegehrens sind. Was die Zusammensetzung des Rundfunkrates betrifft, so scheint die CSU jetzt die Zielsetzung des Volksbegehrens akzeptieren zu wollen. Bei der Frage der kommerziellen Anstalten ist zwar ein Einlenken zu beobachten, sie sollen aber - das ist sowohl

der Erklärung der CSU-Landtagsfraktion als auch der des CSU-Landesvorsitzenden zu entnehmen - nicht ausgeschlossen sein.

Es sollte nicht übersehen werden, daß es sich hier um eine grundsätzliche Frage handelt, die entweder mit ja oder nein, nicht aber mit jein zu beantworten ist. Die SPD kann sich jedenfalls nicht darauf einlassen, daß ein Hintertürchen offen gehalten wird. Nach der bisherigen Erfahrung würde die CSU mit Sicherheit in absehbarer Zeit durchschlüpfen. Die Gegner der privaten Anstalten wären dann ohnmächtig. Wie aus der am 12. Dezember von der SPD veröffentlichten Dokumentation zu ersehen ist, hat der gegenwärtige Vorsitzende der CSU-Landtagsfraktion einen Gesetzentwurf über die Zulassung privater Rundfunk- und Fernsehanstalten mit ausgearbeitet. Der Entwurf ist damals von 40 CSU-Abgeordneten unterschrieben worden. Ferner liegt ein Beschluß der CDU/CSU-Fraktionsvorsitzenden vom März 1972 vor, die sich für die Zulassung privater Anstalten ausgesprochen haben. Das alles erfordert jetzt eine klare Entscheidung.

Dem Volksentscheid wird außerdem der Text des Volksbegehrens in seinem bisherigen Wortlaut vorliegen. Die Initiatoren wären selbst wenn sie wollten - gar nicht in der Lage, ihre Anhänger für einen Text zu gewinnen, der private Anstalten schließlich doch ermöglicht. Eine Million politisch aktiver Bürger lassen sich nicht einfach in die Ecke stellen!

Der Gesprächsspielraum ist also jetzt begrenzt; dessen sollten sich alle bewußt sein, die sich mit der Sache beschäftigen. Selbstverständlich gibt es eine Reihe von Möglichkeiten, zusätzliche Fragen auf dem Gebiet von Rundfunk und Fernsehen in der Verfassung zu regeln. Dafür steht die SPD - bei Fühlungnahme mit ihren Partnern, die gemeinsam das Volksbegehren tragen - jederzeit zur Verfügung.

(-/22.12.1972/ks/ex)

Neue Initiativen der Wählerinitiativen

Mitstreiter im Wahlkampf werden kritische Sympathisanten

Seit vier Jahren existieren in der Bundesrepublik - als Faktor und Phänomen zugleich: Sozialdemokratische Wählerinitiativen.

Über das, was Wählerinitiativen sind und was sie geleistet haben, ist viel geschrieben worden. Hier soll versucht werden zu formulieren, wie sich die Sozialdemokratische Wählerinitiative nach gewonnener Wahl selbst sieht und welche Aufgaben ihr zufallen. In vielen Wahlkämpfen haben sich Bürger, wenn auch mit Idealismus, so doch nicht aus Idealismus für die Partei eingesetzt, die ihnen am meisten geeignet schien, drängende, sie selbst betreffende Probleme anzupacken. Wenn man anerkennt, daß parteiungebundene Bürger im Wahlkampf nicht nur einer Partei, sondern mit den politischen Zielen dieser Partei auch sich selbst helfen wollen, wird man auch die Verpflichtung, die sich daraus ergibt, sehen: Mit dieser Partei im Gespräch zu bleiben.

Zum Charakter von Wählerinitiativen gehört es, nach Wahlen nicht mit dem Erfolg zufrieden zu sein, sondern sich selbst wieder neu in Frage zu stellen. Mit dieser Einsicht diskutierte jetzt auf einer zweitägigen Arbeitssitzung ein Kreis von Mitarbeitern der Sozialdemokratischen Wählerinitiative.

Die SPD hat die Hilfe im Wahlkampf dankbar angenommen. Viele Kandidaten werden es in ihrem Wahlkreis nicht nur als Last, sondern als Bereicherung ansehen, wenn aus den Mitstreitern im Wahlkampf kritische Sympathisanten werden. Es gibt andere, die in der Wählerinitiative - zur Verdeutlichung sei die überspitzte Formulierung erlaubt - eine Tarnorganisation sehen, die Politik machen will, indem sie sich an den dafür zuständigen Instanzen vorbeimogelt; die den demokratischen Grundgedanken, der die vielen persönlichen Engagements in der Wählerinitiative verbin-

det, nicht verstanden haben.

Die vielen einzelnen in der Wählerinitiative müssen und wollen ihren Beitrag auch als einzelne verstanden wissen. Aber sie haben sich in der Wählerinitiative ein Forum, eine Kommunikationsstelle geschaffen, die es erst möglich macht, Informationen zu bekommen, einzubringen, zu diskutieren und weiterzuleiten. Hier wird nicht sozialdemokratische Tagespolitik gemacht, schon gar nicht ein Mitspracherecht gefordert, sondern hier werden langfristige politische Themen diskutiert und an Regierung und Partei als Angebot oder Kritik herangebracht. Selbstverständlich wird man sich auch den Rücklauf: Kritik der Partei an der Wählerinitiative gefallen lassen müssen, denn nichts anderes bedeutet doch "im Gespräch bleiben".

Für das Verständnis der Öffentlichkeit wie das Verständnis der Partei entwickelte sich die Sozialdemokratische Wählerinitiative zu einer im Namen von Günter Grass greifbaren politischen Institution. Aus dem vorher Gesagten könnte deutlich werden, daß die Idee der Wählerinitiative selbstverständlich geworden ist, und daß der Initiator, der dies immer gewollt hat, nach sieben Jahren die Akzente seiner Arbeit anders setzen kann. Die Wählerinitiative muß und wird aus ihrer Pluralität heraus eine neue Form der Initiative finden.

Wahlhilfefunktion geht über den Wahltag hinaus, denn auch die Frage des Wie in der Politik muß den mündigen Bürger beschäftigen. Und vielleicht ist der mündige Bürger keine Fiktion mehr.

Veronika Schröter
(-122, 12, 1972/sgj/ex)

+ + +

Dokumentation des SPD-Pressedienstes

Bahr und Kohl zur Unterzeichnung des Grundvertrages

Der Bundesminister für besondere Aufgaben Egon Bahr erklärte bei der Unterzeichnung des Vertrages über die Grundlagen der Beziehungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Deutschen Demokratischen Republik am 21. Dezember 1972 im Hause des Ministerrats der DDR in Berlin:

"Der Vertrag, der heute unterzeichnet worden ist, ist die Grundlage für das Verhältnis der beiden deutschen Staaten. Er ist das Fundament, auf dem das Gebäude ihrer Beziehungen wachsen soll, zum Wohle der Menschen.

Er trägt der völkerrechtlichen Situation in der Mitte Europas Rechnung, in der es zwei Staaten gibt, die sich deutsch nennen.

Diese beiden deutschen Staaten, die sich aus den Trümmern des Reiches entwickelt haben, gehören verschiedenen Gesellschafts-, systemen, verschiedenen Bündnissen an und haben grundsätzliche Meinungsunterschiede in vielen Fragen. Dennoch teilen sie mit diesem Vertrag den Willen zum Frieden, den Verzicht auf Gewalt, die Achtung der Ziele und Grundsätze der Charta der Vereinten Nationen, die Gleichberechtigung beider Staaten und ihre Selbständigkeit in inneren wie äusseren Angelegenheiten. Sie schaffen damit die Voraussetzungen gutnachbarlicher Beziehungen der Zusammenarbeit des friedlichen Nebeneinanders, die zu einem Miteinander führen sollen.

Diese konstruktiven Ziele im Interesse der Menschen, im Interesse aller europäischen Staaten an der Sicherung des Friedens, sollen Vorrang haben vor ihren unterschiedlichen Zielen, sogar in der nationalen Frage.

Die Regierung der Deutschen Demokratischen Republik hat heute verbindlich mitgeteilt, daß sie nach Inkrafttreten des Vertrages Schritte zur Lösung von Problemen, die sich aus der Trennung von Familien ergeben sowie Maßnahmen zur Reiseerleichterung und zur Verbesserung des nichtkommerziellen Warenverkehrs unternehmen wird. Ich habe diese Mitteilung durch einen entsprechenden Brief bestätigt.

Wir waren uns in den Verhandlungen einig, daß die dort vorgesehenen Erleichterungen kein einmaliger Akt sein werden, sondern im Zuge der Normalisierung ausgebaut werden sollen. Der Briefwechsel über die Öffnung weiterer Übergangsstellen steht im gleichen Zusammenhang. Der Briefwechsel zu Artikel 9 des Vertrages, ebenfalls heute unterzeichnet, stellt fest, daß die Rechte und Verant-

wortlichkeiten der Vier Mächte durch den Vertrag nicht berührt werden können. Er ist zu sehen im Zusammenhang mit den Feststellungen, die die Vertreter der vier Regierungen in ihrem Abkommen vom 3. September 1971 getroffen haben und der Erklärung, die sie aus Anlaß des Beitritts der beiden deutschen Staaten zu den Vereinten Nationen abgeben werden.

Es besteht Einvernehmen, daß die Ausdehnung von Abkommen und Regelungen, die im Zusatzprotokoll zu Artikel 7 vorgesehen sind, in Übereinstimmung mit dem Vier-Mächte-Abkommen vom 3. September 1971 auf Berlin (West) im jeweiligen Fall vereinbart werden kann.

Die ständige Vertretung der Bundesrepublik Deutschland in der Deutschen Demokratischen Republik wird in Übereinstimmung mit dem Vier-Mächte-Abkommen vom 3. September 1971 die Interessen von Berlin (West) vertreten.

Vereinbarungen zwischen der Deutschen Demokratischen Republik und dem Senat bleiben unberührt.

Ein Vertrag über die Grundlagen der Beziehungen trüge diesen Namen zu Unrecht, wenn er nicht den Weg eröffnen würde, auf dem beide Staaten nach gemeinsamen Interessen suchen, trotz der sie trennenden Grundsatzauffassungen. Deshalb haben beide Regierungen vereinbart, sich im Zuge der Normalisierung der Beziehungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Deutschen Demokratischen Republik über Fragen von beiderseitigem Interesse, insbesondere über solche, die für die Sicherung des Friedens in Europa von Bedeutung sind, zu konsultieren.

Die Bundesregierung wird morgen den Vertrag und das erforderliche Gesetz, um den Antrag zur Aufnahme in die Vereinten Nationen stellen zu können, dem Bundesrat zuleiten. Der Vertrag wird seine volle Wirkung erst zeigen, wenn er in Kraft tritt. Dennoch wird er schon in der Zwischenzeit, wie wir hoffen, sich positiv auf das Verhältnis zwischen den beiden Staaten auswirken. Die vorgesehene Grenzkommission soll ihre Arbeit in der zweiten Januarhälfte aufnehmen. Das gilt auch für die Besprechungen zur Intensivierung des Sportverkehrs. Die Vereinbarungen über die Tätigkeit der Journalisten wird ab heute wirksam.

Niemand darf glauben, daß nach so vielen Jahren der Verkrustung ja der Feindseligkeit die Entwicklung der Beziehungen reibungslos erfolgen kann. Es wird Schwierigkeiten und es wird Ärger geben. Es wird Zeit, Geduld und guter Wille auf beiden Seiten nötig sein, damit der abgesteckte Weg auch genutzt wird. Die beiden Verhandlungsführer werden in einem Kontakt bleiben.

Mit der heutigen Unterschrift binden sich die beiden Regierungen an das Verhandlungsergebnis. Die beiden deutschen Staaten vereinen sich mit den anderen europäischen Staaten in dem Bemühen um Entspannung."

Der Staatssekretär beim Ministerrat der DDR Dr. Michael Kohl erklärte aus gleichem Anlaß:

"Die Unterzeichnung des Vertrages über die Grundlagen der Beziehungen zwischen der DDR und der BRD entspricht der Friedenspolitik, die die Deutsche Demokratische Republik seit jeher vertritt. Ich darf daran erinnern, daß der Erste Sekretär des ZK der SED, Erich Honecker, im April dieses Jahres anlässlich eines Staatsbesuches in der Volksrepublik Bulgarien vorschlug, normale Beziehungen zwischen der DDR und der BRD herzustellen und die hierfür erforderlichen Vereinbarungen zu treffen. Mit dem nunmehr vorliegenden Vertrag wurde eine allgemeine, dem Völkerrecht entsprechende Grundlage für normale gutnachbarliche Beziehungen zwischen den beiden Staaten geschaffen. Die DDR und die BRD erkennen mit diesem Vertrag gegenseitig uneingeschränkt die Souveränität und Unabhängigkeit des Vertragspartners und die Unverletzlichkeit der zwischen ihnen bestehenden Grenze an.

Der Vertrag ist nicht nur für die beiden deutschen Staaten von Vorteil, sondern für alle, die Frieden und Entspannung wünschen. Er wird ein wichtiger Bestandteil des sich ergänzenden Systems friedenssichernder Verträge sein, zu deren bedeutendsten die Verträge der UdSSR und der VR Polen mit der BRD zählen. Er entspricht den Zielen des VIII. Parteitagés der SED und der gemeinsam abgestimmten Politik der sozialistischen Staaten zur Gewährleistung der friedlichen Koexistenz zwischen Staaten unterschiedlicher Ordnung auf unserem Kontinent.

Eine Voraussetzung für das Zustandekommen des Vertrages war die Einsicht in die Notwendigkeit, daß die Beziehungen zwischen der DDR und der BRD nur so gestaltet werden können, wie dies entsprechend den Zielen und Prinzipien der Charta der Vereinten Nationen zwischen souveränen und voneinander unabhängigen Staaten in aller Welt üblich und vorteilhaft ist.

Das Vertragswerk berücksichtigt die souveränen Rechte und legitimen Interessen beider Staaten. Das ist gut so, denn diese Ausgewogenheit spricht für seinen Bestand.

Schon der Paraphierung des Vertrages über die Grundlagen der Beziehungen wurde in aller Welt erhebliche Bedeutung für die Entspannung beigemessen. Dies gilt gleichermaßen für den parallel zur Paraphierung des Vertrages am 8. November dieses Jahres unterzeichneten und ausgetauschten Briefwechsel zur Erlangen der Mitgliedschaft der DDR und der BRD in der Organisation der Vereinten Nationen. Der Boykott der DDR in internationalen Organisationen gereichte nicht zuletzt der Organisationen selbst und ihrem universellen Anliegen zum Schaden. Es ist daher kein Zufall und besitzt beinahe symbolhafte Bedeutung, wenn die vor wenigen Wochen einmütig erfolgte Aufnahme der DDR in die UNESCO von allen Tagungsteilnehmern mit Beifall begrüßt wurde.

Noch viel mehr liegt die Aufnahme der DDR und der BRD in die UNO im Interesse ihrer Mitgliedsstaaten und der Weltorganisation selbst. Die DDR tritt seit Jahr und Tag für die UNO-Mitgliedschaft ein. Sie begrüßt es, daß die BRD gleichzeitig mit dem Ratifizierungsverfahren die erforderlichen Schritte zur alsbaldigen Erlangung der Mitgliedschaft in der UNO einleitet.

Wie seitens der Partei- und Staatsführung der DDR wiederholt betont wurde, ist die Deutsche Demokratische Republik für ein baldiges Inkrafttreten des Grundlagenvertrages. Sie ist bereit, das Ratifizie-

rungsverfahren zu beschleunigen, wenn die BRD ihrerseits auch entsprechend handelt.

Mit dem Inkrafttreten des Vertrages wird die Grundlage für normale Beziehungen der friedlichen Koexistenz zwischen der DDR und der BRD geschaffen. Es gibt vielfältige Bereiche, in denen die DDR und die BRD trotz ihrer gegensätzlichen gesellschaftlichen Ordnung zum beiderseitigen Nutzen und Vorteil sachliche Beziehungen entwickeln können und sollten. Derartige Möglichkeiten werden im Artikel 7 und im Zusatzprotokoll des Vertrages genannt. Grundsätzlich werden die erforderlichen Verhandlungen nach Inkrafttreten des Vertrages beginnen. Auf einigen Gebieten wird dies aber schon eher der Fall sein. So haben inzwischen Verhandlungen zwischen der DDR und der BRD über den Abschluß eines Post- und Fernmeldeabkommens begonnen. Nach der Unterzeichnung des Vertrages wird sich die Grenzkommission beider Staaten konstituieren, die die Markierung der zwischen der DDR und der BRD bestehenden Grenze vornehmen und zur Regelung sonstiger mit dem Grenzverlauf im Zusammenhang stehender Probleme beitragen wird.

Herr Bundesminister Bahr und ich haben vor der Vertragsunterzeichnung Briefe zu Artikel 9 des Vertrages und über die Eröffnung von vier zusätzlichen Straßengrenzübergangsstellen zum Zeitpunkt des Inkrafttretens des Vertrages unterzeichnet und ausgetauscht. Ich habe Herrn Bahr des Weiteren in einem Brief über Schritte der DDR zur Erleichterung des grenzüberschreitenden Reise- und Besucherverkehrs und einige andere Maßnahmen informiert, die die DDR nach Inkrafttreten des Vertrages unternehmen wird. Herr Bahr hat den Eingang dieses Briefes bestätigt.

Anläßlich der Unterzeichnung des Vertrages darf ich auf das Einvernehmen verweisen, daß die Ausdehnung von Abkommen und Regelungen, die im Zusatzprotokoll zu Art. 17 vorgesehen sind, in Übereinstimmung mit dem Vierseitigen Abkommen vom 3. September 1971 auf Berlin (West) im jeweiligen Fall vereinbart werden kann.

Die ständige Vertretung der Bundesrepublik Deutschland in der Deutschen Demokratischen Republik wird in Übereinstimmung mit dem Vierseitigen Abkommen vom 3. September 1971 die Interessen von Berlin (West) vertreten.

Vereinbarungen zwischen der Deutschen Demokratischen Republik und dem Senat bleiben unberührt.

Ich verweise auch darauf, daß beide Regierungen vereinbart haben, sich im Zuge der Normalisierung der Beziehungen zwischen der Deutschen Demokratischen Republik und der Bundesrepublik Deutschland über Fragen von beiderseitigem Interesse, insbesondere über solche, die für die Sicherung des Friedens in Europa von Bedeutung sind, zu konsultieren.

Das Vertragswerk soll die Grundlagen für ein neues Verhältnis zwischen der Deutschen Demokratischen Republik und der Bundesrepublik Deutschland schaffen. Es kann gewährleisten, daß die beiden Staaten unbeschadet ihrer gegensätzlichen Gesellschaftsordnung künftig als gute Nachbarn in Frieden miteinander leben. Wir geben uns keinen Illusionen hin, daß dieser Weg leicht sein wird. Aber der Vertrag kann eine entscheidende Wende zum Besseren einleiten. Seine Unterzeichnung erfolgt zu einer Zeit sich anbahnender europäischer Entspannung. Der Vertrag selbst steht in ihrem Dienst. Möge er sich als Baustein des europäischen Friedens bewähren." (-/22.12.1972/ks/ex)